

„Sparen auf Kosten der Seele? Das geht uns alle an!“ – Rund 800 Menschen demonstrieren in Dresden gegen Honorarkürzungen in der Psychotherapie

Dresden, 28. März 2026 – Dem bundesweiten Aufruf des DPNW folgend, hat das DIPP e.V. am Samstag eine Demonstration gegen die zum 1. April in Kraft tretenden Kürzungen der Psychotherapie-Honorare veranstaltet. Rund 800 Teilnehmende aus Dresden und dem Umland versammelten sich zwischen 15:00 und 16:30 Uhr auf dem Altmarkt, um ein deutliches Zeichen gegen die geplanten Maßnahmen zu setzen.

Bereits der dialogische Einstieg der Versammlungsleiterinnen machte deutlich, dass es bei den Protesten um weit mehr geht als finanzielle Einbußen: „Gespart wird an den Falschen und das betrifft jede und jeden; Menschen in aktuellen und zukünftigen Krisen, Psychotherapeut*innen und ihre Familien, angehende Psychotherapeut*innen – die ein Vermögen für die Ausbildung bezahlen, sich während der klinischen Tätigkeit ausbeuten lassen und denen jetzt auch noch zunehmend die Zukunftsperspektive verbaut wird – sowie alle anderen Krisen-Anlaufstellen, an die Menschen sich vermehrt wenden werden, weil sie nicht psychotherapeutisch versorgt werden können.“

In seiner Begrüßung unterstrich ein Vorstandsmitglied des DIPP e.V. die Bedeutung für die Zukunft der Psychotherapie: „Es geht auch um die Zukunft unseres Berufsstandes, ob dieser später überhaupt noch existieren wird, da die Honorarkürzungen auch etwas mit der Finanzierbarkeit der zukünftigen Weiterbildungen zu tun haben, weil sie direkt gekoppelt sind an die Honorare der niedergelassenen Kolleg*innen.“

Im weiteren Verlauf kamen Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Berufsverbände und Initiativen zu Wort. Dr. Gregor Peikert (Vorstand OPK) betont Psychotherapie als „einen unverzichtbaren Bestandteil der Gesundheitsversorgung“ und warnte vor den strukturellen Folgen der Maßnahmen. Die Kürzung werde nicht nur als finanzielle Maßnahme gesehen, sondern als grundlegendes Signal gegen die Bedeutung des Fachs im Sinne einer „Abwertung der Psychotherapie“ und im Sinne dessen, dass „die Leistung der Psychotherapeut*innen (...), die Sorge für die psychische Gesundheit nicht so viel wert wie sonstige medizinische Behandlung“ seien.

Dipl.-Päd. Stefanie Brühl (DPtV) machte deutlich, „dass die sprechende Medizin und die seelische Arbeit [der Psychotherapeut*innen] im wahrsten Sinne des Wortes abgewertet“ werde durch die Honorarabsenkung und „die Zukunft der Psychotherapie (...) gefährdet“ werde. Sie setzt sich für eine angemessene Honorierung der psychotherapeutischen Arbeit ein.

Auch Dipl.-Psych. Jörn Henning (Vorsitzender bvvp) und Dipl.-Psych. Anna Dill (AGS Sachsen) kritisierten die geplanten Einschnitte. M. Sc. Beatrice Jost (Psychologists for Future) stellte zudem den gesellschaftlichen Zusammenhang her: „Psychische Gesundheit ist eng mit den Krisen unserer Zeit verknüpft – sie braucht mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung, nicht weniger.“ Auch aus der Politik gab es Unterstützung: Albrecht Pallas (SPD) betonte vor Ort „die begrenzten Therapieplätze, unter Druck stehende Kapazitäten, die eigentlich ausgebaut werden müssten“, und dass alle nicht hinnehmen dürften, „wenn solche Ungerechtigkeiten entstehen“. Er verspüre ein Ungerechtigkeitsempfinden für die betroffenen Personen, die dringend auf Therapieplätze warten und kann den Frust und Ärger für die [fachärztliche] Berufsgruppe, die nicht gerade zu den best-bezahltesten gehöre, nachvollziehen. Als Sozialdemokrat wolle er sich dafür einsetzen, dass die Entscheidung revidiert wird und stehe an der Seite der Psychotherapeut*innen.

Ein kreativer Beitrag in Form eines Sketches griff zentrale Argumentationslinien der gesetzlichen Krankenkassen auf und ordnete diese fachlich ein. Eine Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapeutin stellte dabei die Auswirkungen der geplanten Kürzungen anschaulich dar und entkräftete die Pseudo-Argumente der GKV.

Besonders eindrücklich war zudem eine Installation aus gestrichenen, entsprechend leeren Wartezimmer-Stühlen. „Jeder leere Stuhl steht für einen Menschen, der keinen Therapieplatz mehr findet“, erklärte eine der Organisatorinnen. „Was hier sichtbar wird, ist die reale Folge politischer Entscheidungen: längere Wartezeiten insbes. für gesetzlich Versicherte und Menschen, die mit ihren Problemen allein gelassen werden.“

Die Demonstration zeichnete sich insgesamt durch eine vielfältige und engagierte Beteiligung aus. Zahlreiche selbstgestaltete Plakate brachten die Anliegen der Teilnehmenden prägnant auf den Punkt.

Mit der Demonstration fordern die Veranstalter und Teilnehmende ein Umdenken in der Gesundheitspolitik und warnen vor den Folgen einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in der psychotherapeutischen Versorgung.

Kontakt für Rückfragen:

Claudia Ziesch (claudia.ziesch@web.de)

Dr. Rahel Klatte (rahel.klatte@t-online.de, 0178/1580382)

Fotos von Luzie Rejek: <https://we.tl/t-3ALHeBTg7QScDP4T>



